

Offener Brief: Hochschulen fordern sozial-ökologische Bauwende jetzt!

TU Berlin und 32 Hochschulen fordern in offenem Brief zur Bundestagswahl 2025 eine soziale und ökologische Bauwende.

Berlin, Deutschland - Am 17. Februar 2025 haben das Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin und das Hochschulnetzwerk „Gemeinsam für die Bauwende“ einen offenen Brief an die politischen Entscheidungsträger zur Bundestagswahl 2025 veröffentlicht. In diesem Schreiben haben 32 Hochschulen und Universitäten ihre Forderungen für eine sozial-ökologische Bauwende dargestellt. Der Gebäudesektor ist verantwortlich für etwa 40 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland und für 92 % der Entnahmen mineralischer Rohstoffe, was die Dringlichkeit unterstreicht, nachhaltige Veränderungen in diesem Bereich zu bewirken.

Der offene Brief formuliert zehn konkrete Forderungen, die eine nachhaltige Baupolitik fördern sollen. Diese umfassen unter anderem ein Abrissmoratorium zur Transformation des Gebäudebestands und die Förderung von ressourcenschonenden Baumethoden. Politische Verzögerungen und Blockaden werden scharf kritisiert, während Beispiele aus Dänemark, den Niederlanden und Frankreich zeigen, dass eine sozial-ökologische Bauwende möglich ist. Die nächste Legislaturperiode wird als entscheidend für den Gebäudesektor angesehen, wobei Wissenschaftler*innen ihre Expertise anbieten, um diesen Transformationsprozess zu unterstützen.

Forderungen für eine nachhaltige

Bauwende

- Bedarfsgerechtes und flächeneffizientes Bauen: Umbau statt Neubau.
- Abrissmoratorium: Transformation des Gebäudebestands.
- Hinterfragen von Standards: Lowtech Bauen.
- Angemessene Sanierungen im Bestand: CO2-Bilanzierung im GEG.
- Kreislaufgerechtigkeit: Regionale Bio-Bauökonomie.
- Durchmischte Quartiere: Hybrid nutzbare Gebäude.
- Klimaresilienz: Biodiversität.
- Sprunginnovationen: Reallabore und Transferforschung.
- Wertschöpfung Bauwende: Bildungsoffensive Bauschaffende.
- Forschungsförderung: Vernetzung Bauwende in den Ministerien.

Das Hochschulnetzwerk setzt sich zudem für ökologische und sozial gerechte Themen in der akademischen Lehre ein. Es umfasst 65 Lehrende von 32 Hochschulen und Universitäten und hat sich zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeitsexpertise aufzubauen und die Vernetzung zwischen verschiedenen Institutionen im Bereich Architektur, Stadtplanung und Bauingenieurwesen zu stärken.

Nachhaltigkeit im Bauwesen

Mit Blick auf nachhaltiges Bauen betont die Bundesregierung, dass alle Akteure im Bauwesen gefordert sind, Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Nachhaltiges Bauen berücksichtigt unter anderem die planetaren Grenzen sowie die sozialen und ökonomischen Dimensionen von Gerechtigkeit. Kriterien für nachhaltige Produkte und Gütezeichen umfassen ökonomische, soziale und ökologische Aspekte, die für die Bewertung von Baumaterialien und -methoden von zentraler Bedeutung sind. Zu den ökologischen Kriterien zählen die Wahl der Rohstoffe, Ressourcenschonung sowie der Energieverbrauch während der

Nutzung.

Die Bedeutung von Gütezeichen und Zertifizierungen wird deutlich, da sie die Suche nach umweltfreundlicheren Alternativen erleichtern. Das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG), das seit Juli 2021 existiert, sowie das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) bieten wichtige Instrumente zur Förderung nachhaltiger Praktiken im Bauwesen. Diese Systeme berücksichtigen den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden, wodurch eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Bauweise gewährleistet wird.

Die aktuellen Entwicklungen im Bauwesen zeigen, dass es möglich ist, durch gezielte Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Industrie signifikante Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Bauweise zu erzielen. Die Herausforderungen sind groß, doch die geforderten Maßnahmen aus dem offenen Brief und die strategischen Vorgaben der Bundesregierung bilden eine solide Basis für eine Transformation des Gebäudesektors.

Weitere Informationen zu den Forderungen sowie zu nachhaltigem Bauen sind verfügbar auf den Seiten der **Technischen Universität Berlin**, **Carmen e.V.** und **BMWSB**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tu.berlin• www.carmen-ev.de• www.bmwsb.bund.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de